

9. März 2007
Ökonews

EU-Klimaschutz-Ziele: Immerhin verbindlich

EU- Gipfel Schlußfolgerungen: Kritik an Erwähnung von Atomkraft als Beitrag zu Klimaschutz - aber Ziele festgelegt

Eine Einigung der EU-Regierungschefs auf verbindliche Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger in Europa ist vorerst einmal gelungen. Die verbindliche Klimaschutzstrategie sei ein großer Erfolg für Frühjahrsgipfel, so Bundeskanzler Gusenbauer. Österreich habe in den Klimaschutz hineinverhandeln können, dass der Verkehr berücksichtigt werde. Es werde auch vehement auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien gesetzt, zu dem die Atomkraft nicht gehöre, wie dies auch festgeschrieben wurde. In der Frage der Erneuerbaren Energien werde auch ein Kompetenzzentrum geschaffen, um hier den Ausbau der erneuerbaren Energie zu forcieren. Dies sei vor allem auf Anregung jener Länder geschehen, die hier bei den erneuerbaren Energien Aufholbedarf haben, meinte der Bundeskanzler.

"Gerade bei Energiequellen - Stichwort Atomenergie, aber auch Kohle in den neuen Mitgliedstaaten - bestehen fundamentale Auffassungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der EU. Wir haben unsere klare ablehnende Haltung konsequent durchgezogen. Wir haben verhindert, dass von diesem Gipfel ein positives Signal zum Beitrag der Atomenergie zur Bekämpfung des Klimawandels ausgeht. Atomenergie ist weder sicher noch sauber. Sie trägt auch nicht zur gemeinsamen Zielsetzung der erneuerbaren Energie bei", unterstrich Außenministerin Plassnik.

Erfreut zeigt sich die FPÖ über die Schlussfolgerungen des EU-Gipfels in Brüssel. Norbert Hofer von der FPÖ sprach sich außerdem für Energieeffizienz im Baubereich aus. Hofer: "Wir brauchen vor allem thermische Sanierungsoffensiven im Wohnbau. Dies nützt den Menschen, weil die Energiekosten sinken. Es nützt den Staaten, weil der Bau neuer Kraftwerke nicht notwendig wird. Es nützt der Bauwirtschaft, die von den Sanierungsmaßnahmen profitieren wird und es nützt dem Arbeitsmarkt, weil Sanierungsmaßnahmen sich nicht von selbst erledigen. Es ist daher klüger, Geld, das in den Bau neuer Kraftwerke, die Lagerung von Atommüll und für Risikovorsorge verwendet wird, in diese Sanierungsoffensive zu stecken."

Die Entscheidung der EU, bis 2020 nur zwanzig Prozent der CO₂-Emissionen verbindlich reduzieren zu wollen, wird von Greenpeace und manch anderen aus dem NGO-Bereich als unzureichend bewertet.

Zahlreiche Wissenschaftler, das EU-Parlament und Umweltorganisationen hatten stets auf einem Ziel von minus dreißig Prozent CO₂ bis 2020 beharrt, um einen gefährlichen Klimawandel aufzuhalten. Die EU will dieses Ziel jedoch nur verfolgen, wenn andere Staaten mitziehen. Befürchtet wird nun, dass dieses Signal an den Rest der Welt zu schwach ausgefallen ist, und dass es zu keinen weiter reichenden Reduktionszielen kommen wird.

Nach heftigem Lobbying durch Frankreich ist außerdem die Atomenergie als Option für die europäische Energieversorgung und die CO₂-Verringerung in den Schlussfolgerungen des Gipfels genannt. "Jetzt gilt es, in den weiteren Verhandlungen einen Ausbau der Atomkraft - diesmal getarnt als Klimaschutz - zu verhindern.", warnt Erwin Mayer, Klima-Experte von Greenpeace.

Ganz ähnliche Kritik kommt auch von Oberösterreichs Umweltlandesrat Rudi Anschöber, der außerdem meint: "Wir brauchen jetzt rasch einen österreichischen Gipfel der Bundesländer mit der Bundesregierung, um gemeinsam ein österreichisches Klimapaket für die nächsten Jahre festzulegen".

Als einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung sieht der ÖVP-Delegationsleiter und Vizepräsident der EVP-ED Fraktion, Mag. Othmar Karas, den Ausgang des heutigen EU-Gipfels in Brüssel. Es werden aber noch viele Anstrengungen und gemeinsame Aktionen - von konkreten, nationalen Aktionsplänen, einer Forschungs- und Energiesparoffensive bis zu zweckgebundenen Fördermaßnahmen - nötig sein. Nur mit einem Gesamtpaket können alle Wachstums- und Beschäftigungspolitischen Effekte erzielt werden. Dazu ist es notwendig, dass die politische Dynamik erhalten bleibt, sich weiter entfaltet und künftig zu noch besseren Resultaten führt", betonte Karas.

Österreich soll nun , so Greenpeace, auch gleich mit gutem Beispiel voranzugehen und ambitionierte Klimaschutz-Ziele für die gerade in Ausarbeitung befindliche Klimaschutz-Strategie vorgeben: minus dreißig Prozent CO₂ bis 2020 und minus achtzig Prozent CO₂ bis 2050.

[holler]

Link zum Online-Artikel:

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1019793